

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis fñt einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4596**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 M., bei Platzvorschrift 3.— M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— M. Reklame-Kolonelle 10.— M. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die große Koalition in Preußen.

Wie der Umfall der SPD. begründet wird.

Berlin, 8. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Vorwärts schreibt zu der durch die große Koalition in Preußen geschaffenen Situation, daß die Sozialdemokratie nicht daran denke, die Stellung Wieths zu schwächen. Ob die Deutsche Volkspartei für die Regierung im Reich in Frage komme, hänge von ihrer Haltung in der Steuerfrage ab. Die Tatsache, daß die Aktion der Hintertreibung der Kredithilfe auch unter der Führung der Volkspartei stehe, wirke allerdings wenig ermutigend.

Eine außerordentliche Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes der SPD. beschäftigte sich ebenfalls mit der Regierungs- und Umwandlung in Preußen. Sie nahm nach längerer Debatte folgenden Beschluß an:

„Der Bezirksvorstand ist der Ansicht, daß mit Rücksicht auf das Verhalten der Deutschen Volkspartei im Reich die Bildung einer Regierungskoalition mit ihr in Preußen die schwersten politischen Bedenken erregen muß. Diese Bedenken werden noch verstärkt durch die Befehung des Kultusministeriums mit dem Volksparteiler Boelch, der sich durch sein früheres öffentliches Auftreten als wenig geeignet zur Führung einer republikanisch-demokratischen Politik erwiesen hat. Der Bezirksvorstand würdigt jedoch auch die Gründe, die die Mehrheit der Fraktion veranlaßt, dieser Koalition zuzustimmen. Es ist zur Sicherung der Republik und der demokratischen Volkerechte unbedingt erforderlich, die preussische Verwaltung so schnell wie möglich einer Regierung zu unterstellen, die unter starkem sozialdemokratischem Einfluß steht. Voraussetzung hierfür ist, daß die Mindestforderungen des Gültigen Beschlusses über die Koalitionspolitik der Partei, soweit sie auf Preußen zutreffen, in die Richtlinien des Programms der neuen Regierung aufgenommen und sofort an ihre Durchführung gegangen wird. Der Bezirksvorstand fordert die Parteigenossen daher auf, ihre schweren Bedenken zurückzustellen und einmütig die Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder in der Durchführung dieser Politik zu unterstützen.“

Die „lästigen Ausländer“.

Berlin, 8. November. (Eigene Drahtmeldung.) Am 21. Oktober hat der zurückgetretene preussische Innenminister Dominicus einen Erlass herausgegeben, in dem er die Mängelstellen der Ausweisung von „lästigen Ausländern“ verhärtet. Der Erlass richtet sich gegen solche Ausländer, die ihren Inlandsaufenthalt zu Wertspekulationen, Vermögensschiebungen, Hausaufkäufen und ähnlichen Geschäften benutzen, aber auch gegen politische Agitation. Außerordentlich bedenklich ist, wie die P. N. erfahren, die Auslegung des Begriffes der Lästigkeit, die Dominicus im Falle politischer Handlungen von Ausländern gibt. Der Vorwärts sagt, daß der neue preussische Innenminister Severing diesen Teil des Erlasses seines Vorgängers einer gründlichen Revision unterziehen müsse.

Winnig im Bunde mit Kapp?

Berlin, 8. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die beiden ehemaligen Kommunistenführer Laufenberg und Wolffheim, die dann zum Nationalsozialismus übergegangen sind, haben in ihrer Zeitschrift: Der Volkswart einiges über die Entstehung der Baltikumhorden mitgeteilt und ebenfalls über Verschwörungen, an denen außer Kapp und Ludendorff auch Winnig teilgenommen haben soll. Winnig soll anlässlich einer Sitzung Weihnachten 1919, in der ein Putsch vorbereitet worden sei, die Worte gesprochen haben: „Für die organisierte Arbeiterschaft bürgere ich vollkommen.“ Zu dieser Behauptung wird Winnig öffentlich Stellung nehmen müssen.

Der Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Genf, 8. November. (T.U.) Zum Präsidenten für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ist der schweizerische Bundesrat Ador ausersehen. Die Konferenz dürfte in ungefähr vierzehn Tagen in Genf beginnen.

Die „Rechtsverwahrung“.

Berlin, 8. November. (T.U.) Im Auswärtigen Ausschuss des Reichsrats erklärte der Reichskanzler in der Aussprache über die obersteinstische Frage, daß durch die Antwort der Vorkonferenz die Tatsache der Einlegung einer Rechtsverwahrung nicht aus der Welt geschafft wird. Die Rechtsverwahrung werde nicht dadurch beseitigt, daß sie zurückgewiesen wird, sie bleibe vor der Geschichte für alle Welt bestehen.

Revolutionsfeier in Oesterreich.

Wien, 7. November. (T.U.) Der Vorstand der Deutsch-Oesterreichischen Sozialdemokratie fordert in einem Aufruf die Arbeiter und Arbeiterinnen auf, am 12. November, dem Jahrestage der Republik, für deren Fortbestand zu demonstrieren. Es heißt in dem Aufruf: „Es gilt, die Wiederkehr des Tages zu feiern, an dem das deutsch-Oesterreichische Volk das bluttriefende Geschlecht der Habsburger verjagte, die Republik aufrichtete und sich den Anstich in Deutschland zum Ziele setzte. Wenn heute der Putschversuch Karls von Habsburg schlägig gescheitert sei, müßten doch immer noch die tapferen Wehrmänner die Grenzen des Burgenlandes gegen die Banden Hortys schützen. Die Entwertung des Geldes und die Teuerung drohe die wirtschaftlichen Grundlagen der Republik. Die Reaktionen lauerten auf die drohende wirtschaftliche Katastrophe, als willkommenes Gelegenheit, gegen die Republik den Todesstreich zu führen. Die bürgerliche Reaktion wendet gefährliche und unzulängliche Maßnahmen an. Nur die Finanzpläne der Sozialdemokratie bedeuten den Weg zur Rettung. Für sie gilt die Demonstration.“

Der 9. November in Braunschweig.

Aus Braunschweig wird gemeldet: Da die Erhebung des 9. November zum gesetzlichen Feiertag durch den Landtag nicht rechtzeitig beschlossen worden ist (die Regierungsvorlage ging an den Rechtsausschuß), hat sich die Regierung eine Bestimmung der Gewerbeordnung zunutze gemacht und bestimmt, daß der 9. November als gesetzlicher Feiertag zu gelten hat.

Erfurt, 8. November. (T.U.) Im Thüringischen Landtage protestierten am Montag alle bürgerlichen Parteien gegen die angeordneten Notgesetze. Es wurde betont, daß man dieser Verfüße wegen den Staatsgerichtshof anrufen werde. Die Regierung erklärte, daß sie durch Notgesetz auch den Bußtag abschaffen werde und daß man, nachdem die Linke in Thüringen zur Macht gelangt sei, in Thüringen auch die Feste zu feiern habe, die von der Linken bestimmt werden.

Briands Antwort an Rußland.

Paris, 7. November. Der Sonderberichterstatter von Havas berichtet von Bord der Lafayette, Ministerpräsident Briand habe dem Quai d'Orsay die Antwort auf die Note der russischen Regierung übermitteln. Der Sonderberichterstatter glaubt, daß die französische Regierung in ihrer Note von der Anerkennung der Schulden der früheren russischen Regierungen Kenntnis nimmt, aber Garantien verlangen wird, sowie Sicherheiten dafür, daß die gegenwärtigen Führer Rußlands die internationalen Gebührende der Zivilisation anerkennen. Nur wenn diese Bedingung erfüllt wird, wird die französische Regierung die Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit Rußland in Betracht ziehen können.

Kundgebungen für die Abrüstung.

Berlin, 7. November. (T.U.) Anlässlich des Zusammentritts der Abrüstungskonferenz der Staatsmänner in Washington (12. November) und der des Internationalen Gewerkschaftsbundes (13. November) veranstaltet der Aktionsausschuß Wie wieder Krieg am Sonntag, dem 13. November, im Berliner Zirkus Busch eine große Kundgebung unter dem Titel: Weltabrüstung! Diese Aktion steht in engstem Zusammenhang mit der Abrüstungspropaganda, die die Friedensfreunde aller Länder in dieser Woche einleiten. — In Deutschland finden Kundgebungen größeren Stiles auch in Hamburg, Frankfurt, Stuttgart und München statt. In der Berliner Versammlung sollen namhafte Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission, der beiden sozialistischen Parteien und der deutschen Friedens- und Völkerbundorganisationen referieren.

Das tschechisch-polnische Abkommen.

Prag, 7. November. Bei einem vom Ministerpräsidenten Dr. Benesch zu Ehren des polnischen Ministers des Aeußeren Stürmunt gegebenen Festmahle erklärte Dr. Benesch, er habe nach Abschluß des Handelsvertrages ein Abkommen unterzeichnet, das der Tschechoslowakei und Polen eine gemeinsame Linie für die künftige Politik verschaffe, das diese beiden Länder definitiv einander näherbringe und dafür Bürgschaft gebe, daß es zwischen ihnen zu keinem Konflikt mehr kommen würde. Das gegen niemand gerichtete Abkommen solle auch einen Beweis des aufrichtigen Zusammenarbeitens Polens und der Tschechoslowakei in der Durchführung der Friedensverträge geben. Minister Stürmunt erwiderte in gleichem Sinne.

Eine Milliarde Dollar Besatzungskosten.

Paris, 8. November. Chicago Tribune teilt mit, daß die Pariser Konferenz für die Regelung der Besatzungskosten die Kosten für den Unterhalt der vier Besatzungsarmeen seit dem Waffenstillstand auf eine Milliarde Dollar geschätzt habe.

Ein Mörder Erzbergers verhaftet und wieder entflohen?

Wien, 7. November. (T.U.) In Marbach an der Donau wurde heute von der Gendarmerie ein Mann verhaftet, auf den das Signalement des Kurt Tillesen paßt, der bekanntlich als einer der Mörder Erzbergers gilt. Die Gendarmerie nahm ihn fest, doch gelang es ihm, auf der Fahrt aus dem fahrenden Zuge zu springen und zu entkommen. Bisher blieben alle Erhebungen nach dem Entflohenen ergebnislos.

Die Internationale auf dem französischen Sozialistenkongress.

Von Georg Ledebour.

In Paris tagte vom 20. Oktober bis zum 1. November der Jahreskongress der Sozialistischen Partei Frankreichs, zu dessen Begrüßung ich von dem Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands delegiert war. Schon in den Begrüßungsansprachen wie im Verlauf der Verhandlungen selbst wurden internationale Fragen von großer Wichtigkeit erörtert. Die sehr abgekürzte Berichterstattung in der deutschen Presse hat bewußtliche Mißverständnisse erzeugt. Eine völlige Verdrehung dessen, was ich über die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gesagt habe, hat obendrein der nationalistischen Presse in Deutschland den Anlaß zu unerhörten Beschimpfungen und Verleumdungen meiner Person und untrer Partei gegeben. Das alles macht eine eingehendere Darstellung dieses für die gesamte internationale wichtigste Teiles der Pariser Verhandlungen nötig.

Auf den Sonntagnachmittag waren die Begrüßungsansprachen der auswärtigen Delegierten angelegt. Sie wurden eröffnet durch den Genossen Huggler aus der Schweiz, dessen Standpunkt sich in allen wesentlichen Punkten mit der USPD. deckt. Nach dem Spanier Santillago, dem Schweden Engberg, dem Georgier Tsereteli erhielt dann als Vertreter der englischen Arbeiterpartei der Genosse Tom Shaw das Wort, der gleichfalls wie alle übrigen fremden Delegierten französisch sprach. Er brachte wiederum die Gedanken zum Vortrag, die er und seine Freunde uns gegenüber zwei Wochen vorher in London entwickelt hatten, wo wir als Vertreter des Zentralkomitees der Weltgemeinschaft Sozialistischer Parteien zu einer Konferenz mit der Labour Party erschienen waren. Der abschließende Briefwechsel darüber, der in der deutschen Parteipresse veröffentlicht wurde, hat untre eigne Stellung zur Frage der internationalen Einigung hinreichend klar gemacht. Unbekümmert darum, betonte Shaw, die internationale Einigung könne und müsse erzielt werden, wenn die sogenannten 2. Internationale angeschlossenen Parteien mit denen der Wiener Arbeitergemeinschaft (I. A. S. P.) zur Neubegründung einer umfassenden Internationale zusammentreten würden. Dieser Gedanke fand dann auch weiter Unterstützung bei dem Belgier De Brouckere und dem Holländer Van Kol, deren Parteien gleichfalls der 2. Internationale angeschlossen sind.

Als letzter ausländischer Delegierter erhielt ich selbst das Wort. Ich wies zur Förderung des Verständnisses für unsre eigne Parteebewegung auf die Tatsache hin, daß die USPD. dem Kampf gegen Militarismus und Imperialismus während des Krieges ihren Ursprung verdankt und Hauptträgerin der revolutionären sozialistischen Bewegung in Deutschland war und heute noch ist. Wir hätten zwar eine Republik in Deutschland, ihr hasteten noch heute die Schladen monarchistischer und militaristischer Erbkürungen an. Gegen die sich darauf stützenden reaktionären Tendenzen hätten wir einen schweren Kampf zu führen. Die französischen Genossen könnten uns in diesem Kampfe unterstützen, wenn sie den Imperialismus und Militarismus in Frankreich selbst bekämpften. Denn jeder Erfolg, den der französische Chauvinismus in der Gestaltung der auswärtigen Politik Frankreichs davontrüge, jede Schädigung deutscher Interessen, die er bewirkte, sei Wasser auf die Mühlen des deutschen Nationalismus. Das habe sich erst jetzt wieder gezeigt, als die Zerreißung Oberschlesiens bei den unmittelbar darauf folgenden Wahlen die Stimmen der nationalistischen Parteien an der Spitze und förderten sich gegenseitig. In Deutschland nahe man zur Aufpeitschung nationalistischer Leidenschaften französische Vergewaltigungen aus, und in Frankreich suchten die französischen Imperialisten ihren Landvolken diese Vergewaltigungspolitik schmachthaft zu machen, indem sie auf das Erstarken der militaristischen Reaktion in Deutschland hinwiesen. So sei auch der Militarismus eine internationale Erscheinung und eine internationale Gefahr; er könne nur niedergebhalten werden, indem die Sozialisten eines jeden Landes ihrer heimischen Reaktion zu Leibe gingen. Das sei die wertvollste Friedensarbeit, die wir Sozialisten uns überall angelegen sein lassen müssen.

Was Tom Shaws Eintreten für internationale Einigung des Profetarkats anbelangt, so erklärte ich mich mit der Tendenz seiner Ausführungen völlig einverstanden. Aber der Weg dazu, den er vorschlug, führe vom Ziele ab und sei deshalb für uns völlig ungangbar. Während er sich für die Einigung der Sozialisten aller Länder begeisterte, schalte er unbekümmert die ganze kommunistische Bewegung aus dieser Einigung aus. Darauf könnten wir Unabhängigen Sozialisten Deutschlands uns nie einlassen. Uebrigens seien auch die übrigen Vertreter der andern der Wiener Arbeitergemeinschaft angeschlossenen Parteien, insbesondere die der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, der nämlichen Meinung wie ich. Die Kommunisten suchten zwar auf das Geheiß von Moskau hin uns mit allen möglichen Mitteln zu schädigen. Dagegen wehren wir uns natürlich. Aber wir können nicht außer acht lassen,